

**4395/J XXI.GP**

---

Eingelangt am: 20.09.2002

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller  
und Genossen  
an die Bundesminister für Inneres

betreffend "VP-Personalvertreter, der parlamentarische Aktivitäten lächerlich macht und Einstellung zu Auskunftsansuchen von Bürgern"

Am 11. 7. 2002 hat der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller und Genossen an den Bundesminister für Inneres eine Anfrage betreffend "Ski-, Skistöcke- und Snowboarddiebstähle" gestellt (4205/J, XXI. GP). Diese wurde am 3. 9. 2002 beantwortet (Nr. 4205/J). Dabei stellte sich heraus, dass derartige Diebstähle ein großes Problem darstellen, sodaß ein hohes Bewußtsein bei den betroffenen Gendarmen bestehe und man vor allem auf Prävention setzen wolle. "Die Aufklärungsquote für das Jahr 2000 liegt bei 1,94%, für das Jahr 2001 bei 1,81%", ist in der Beantwortung zu lesen. Es wird auch auf Versicherungsmißbrauch auf der einen, und auf Bandenkriminalität auf der anderen Seite hingewiesen. Zitat: "In den großen Schigebieten stellen professionell agierende Tätergruppen einen Deliktschwerpunkt dar. Diese Banden stammen vorwiegend aus dem osteuropäischen Raum und stehen Wintersportgeräte aus Schikellern der Hotels". Die dahingehende parlamentarische Anfrage hat, so zeigen es die in der Beantwortung angeführten Fakten, hohe Relevanz. Vor allem für die Tourismuswirtschaft!

Trotzdem kam es zu einem verbalen Schlagabtausch wegen dieser parlamentarischen Anfrage des SP-Abgeordneten Peter Keppelmüller und Genossen - mit einem VP-Personalvertreter der Gendarmerie, Hrn. Reiter.

VP-Personalvertreter der Gendarmerie in Oberösterreich, Gerhard Reiter, bezeichnet (im Neuen Volksblatt vom 24.7.2002) die Anfrage als "kurios" und weist darauf hin "dass solche Anfragen noch dazu in der Ferienzeit ein gewaltiges Problem für die Gendarmen sind, die jetzt stundenlang Formulare ausfüllen müssen", sodass er sich die Frage stelle, "ob solche Volksvertreter noch ernst genommen werden können, oder ob sie uns absichtlich an die Schreibtische binden wollen".

Der Abgeordnete Keppelmüller sagte in einer Presseinformation dazu: "Ich kann mich in meiner 19-jährigen Abgeordneten-Karriere nicht erinnern, dass sich ein Personalvertreter, ÖVP oder nicht, über einen Parlamentarier aufgeregt hat, der im öffentlichen Interesse eine Anfrage an eine Behörde gestellt hat. Das ist ein demokratiepolitischer Skandal, einem Nationalrats-Abgeordneten der Opposition zu sagen, er solle den Mund halten. Herr

Reiter soll sich überlegen, ob er den richtigen Job hat." Im Übrigen müsse man eine solche parlamentarische Anfrage im Sommer stellen, wenn man noch vor dem Winter die Daten über Aufklärungsquoten bei Schiediebstählen haben wolle. "Solange dauert die Beantwortung", so Keppelmüller. "Als Parlamentarier habe ich die Sorgen der Menschen ernstzunehmen, auch wenn dies zusätzliche Arbeit für die Gendarmerie bedeutet. Es werden nun einmal vermehrt Menschen bestohlen - diese Kleindelikte verursachen große Unannehmlichkeiten vor allem auch für Touristen."

Nachsatz Keppelmüller: "Ich werde Innenminister Strasser fragen, ob er der Auffassung dieses Personalvertreters der ÖVP, Hrn. Gerhard Reiter, ist, dass Abgeordnete der Opposition den Mund halten sollen und sich nicht um Probleme von Bürgern kümmern dürfen."

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres nachstehende

#### **ANFRAGE:**

1. Sind Sie als Minister der Auffassung dieses Personalvertreters der ÖVP der Gendarmerie in Oberösterreich, Hrn. Gerhard Reiter, dass Abgeordnete der Opposition den Mund halten sollen?
2. Sind Sie als Minister der Auffassung dieses Personalvertreters der ÖVP der Gendarmerie in Oberösterreich, Hrn. Gerhard Reiter, dass Abgeordnete der Opposition sich nicht um Probleme von Bürgern kümmern dürfen?
3. Finden Sie es demokratiepolitisch unbedenklich, wenn eine Person wie dieser Personalvertreter der ÖVP der Gendarmerie in Oberösterreich, Hrn. Gerhard Reiter parlamentarische Mittel in Frage stellt?
4. Finden Sie es bedenklich, wenn Angehörige ihres Ressorts wie dieser Personalvertreter der ÖVP der Gendarmerie in Oberösterreich, Hr. Gerhard Reiter, die Reputation von Abgeordneten des Nationalrates in derartig abfälliger Weise in Frage stellen (Zitat Hr. Reiter: "...nicht ernstzunehmen...")
5. Was werden sie dagegen unternehmen, dass Angehörige ihres Ressorts dahingehend über Arbeit klagen, die in ihre Auskunftspflicht bzw. generelle Pflichten gehört?
6. Sind sie als Minister damit einverstanden, dass Angehörige in ihrem Verantwortungsbereich wie dieses Personalvertreters der ÖVP der Gendarmerie in Oberösterreich, Hrn. Gerhard Reiter, den Wunsch von Bürgern nach Auskunft in derartig ablehnender Weise entgegenreten?
7. Inwieweit wünschen sie generell von Angehörigen ihres Ressorts, dass sie Transparenz hinsichtlich ihrer Arbeit gutheißen und Bürgern

gerne und offen Auskunft über die Leistungen bzw. Tätigkeiten im Rahmen ihrer Tätigkeit geben?

8. Was werden Sie in Zukunft dafür tun, um die Mitarbeiter in ihrem Ressort zu motivieren?
9. Was werden Sie in Zukunft dafür tun, dass Mitarbeiter ihres Ressorts Auskunftsansuchen von Bürgern offen gegenüberstehen?

# V „Eisige“ Anfrage bringt • Exekutive zum Kochen

NEUES VOLKSBLATT

24.7.02

LINZ – Wenn sich LH-Stv. Erich Haider wieder einmal Sorgen darüber macht, dass zu wenig Exekutivbeamte auf den Straßen sind, sollte er sich an seinen Parteikollegen Peter Keppelmüller wenden. Dessen parlamentarische „Neugier“ erzürnt derzeit die Gesetzeshüter. Ausgerechnet in den Sommerferien müssen sie sich mit einer kurtosen Anfrage über Skidiebstähle herumschlagen.

Von Andreas Röhl

Die Wissbegier des Parlamentariers kennt keine Grenzen: So begehrt er genaueste Auskunft darüber, wie viele Anzeigen es in den Jahren 1999 bis 2002 aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Bezirken und nach Skiern, Snowboards und Skistöcken gäbe. Wie hoch die Aufklärungsquoten sind, wel-

Gendarmen sind, die jetzt stundenlang Formulare ausfüllen müssen, ist nicht bekannt. Deren Personalvertreter Gerhard Reiter wird jedenfalls im VOLKSBLATT-Gespräch

deutlich: „Es stellt sich ernstlich die Frage, ob solche Volksvertreter noch ernst genommen werden können, oder ob sie uns absichtlich an die Schreibtische binden wollen.“ Tatsache sei, dass die Beamten bemüht seien, alle angezeigten Delikte zu verfolgen und aufzuklären. Nachsatz: „Dazu müssen sie aber auch arbeiten können, was relativ schwierig ist, wenn wir mit unnützem Verwaltungskram eingedeckt werden.“

che Erkenntnisse es bezüglich Versicherungsbetrug, organisierte Kriminalität, die Herkunft der Täter und der Bestohlenen und vor allem darüber, ob sich die Exekutive bewusst sei, dass es sich hierbei um ein Problem handle. Ob sich der neugierige Parlamentarier bewusst ist, dass solche Anfragen noch dazu in der Ferienzeit ein gewaltiges Problem für die

NEUES VOLKSBLATT